

Offener Brief an



die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg,  
die Stadt Korntal-Münchingen,  
die Evangelische Brüdergemeinde Korntal,  
die Deutsch-Israelische Gesellschaft,  
den JNF  
und an die Presse, Fernsehen und Radio

20.06.09

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Empörung stellen wir fest, dass Mitarbeiter des Jewish National Fund (JNF) zum wiederholten Mal den israelischen Staatsbürger Nuri Al Okbi Al Okbi in gewalttätiger Weise angegriffen und schwere Körperverletzung gegen ihn begangen haben.

Nuri Al Okbi protestiert seit vielen Jahren in friedlicher Weise vor Ort gegen den Raub des Landes der Al Okbi im Negev. In den vergangenen Wochen hat der JNF erneut schwere Übergriffe auf Nuri Al Okbi und die Rechte seines Dorfes unternommen. Obwohl derzeit vor einem Gericht in Beer Sheva die Eigentumsfrage verhandelt wird, führt der JNF Arbeiten auf dem Land der Al Okbi durch. Am 6. Mai 2009 wurde Nuri Al Okbi von dem Green Patrol Inspektor des JNF Gad Biton bewusstlos geschlagen. Er musste daraufhin im Soroka Hospital behandelt werden. Am Tag darauf bedrohte ein mit einer Uzi bewaffneter Mitarbeiter einer Security-Firma im Dienst des JNF Nuri Al Okbi und sagte, er würde ihn in den Kopf schießen, wenn er die JNF-Traktoren auf Nuri's Land fotografieren würde. Am Montag, 11. Mai, wurde Nuri Al Okbi erneut von JNF-Inspektor Gad Biton gestoßen und musste daraufhin wegen Schmerzen in Rücken und Beinen in der Klinik behandelt werden. Der JNF führt seine so genannten Begrünungsarbeiten weiter, mit denen jedoch in Wirklichkeit der Landraub in Al Arakib zementiert werden soll. Doch es gibt Protest. Am Samstag, 6. Juni 2009, haben die Mitglieder des Komitees für die Verteidigung des Bodens in Al Arakib ein Zelt errichtet und eine Protest-Versammlung gegen die Arbeiten des JNF abgehalten.

Im Jahr 1949 hatten zionistische Einheiten die Mehrheit der Al Okbis nach Jordanien vertrieben. Am 13.11.1951 wurden diejenigen, die auf ihrem Land geblieben waren, mit falschen Versprechungen und Lügen nach Khirbet Hura zwangsumgesiedelt. Die israelischen Behörden unternahmen dies, obwohl sie vorher indirekt bestätigt hatten, dass Al Arakib den Al Okbis gehört. Die Al Okbi hatten ein Stammesgericht in Al Arakib, das der israelische Staat anerkannt hatte. Im Jahr 1949 hatten die israelischen Behörden ein Wahllokal im Dorf der Al Okbi in Al Arakib eingerichtet.

Die Al Okbis werden bis heute von den israelischen Behörden daran gehindert, auf ihr Land zurück zu kehren. Die israelische Regierung begründet dies mit Landenteignungsgesetzen, die offen internationalem Recht widersprechen. Danach hätten die Al Okbis ihr Land nur deshalb verloren, weil sie sich Ende 1951 als Zwangsumgesiedelte nicht in Al Arakib aufhalten konnten.

Wie bereits sein Vater kämpft Nuri Al Okbi unermüdlich für die Rechte seines Dorfes und die Rechte der Palästinenser im Negev. Beamte der Barak-Regierung versprachen im Jahr 2001, sich der Angelegenheit der Al Okbi anzunehmen. Doch als kurz darauf die Sharon-Regierung an die Macht kam, wurde in einer halb militärischen Nacht und Nebel Aktion die jüdische Siedlung Givot Bar auf dem Land der Al Okbi errichtet. Diese ist nur für jüdische Israelis reserviert. Bei der Eröffnung war der damalige Wohnungsbauminister Effi Eitan Ehrengast. Im April 2006 errichtete Nuri Al Okbi sein Zelt auf dem restlichen Land der Al Okbi und protestiert seither mehrmals pro Woche in Jerusalem und Tel Aviv. Er ist entschlossen, nicht aufzugeben, auch wenn er regelmäßig von JNF-Mitarbeitern und israelischen Soldaten angegriffen wird.

Die Vertreibung und der Landraub an den Al Okbi sind kein Einzelfall. Im Jahr 1948 wurde die Mehrheit der 100 000 Palästinenser, die im Negev lebten vertrieben. Die 10 000 die im Land blieben, ließ Premierminister Ben Gurion auf einem relativ kleinen Gebiet östlich von Beer Sheva konzentrieren und unter Militärgesetzgebung stellen.

Mit Landenteignungsgesetzen brachte der israelische Staat das palästinensische Land in den 50er und 60er Jahren in seine Hand. Eines davon ist das „Landaquisition-Gesetz“ aus dem Jahr 1953, nach dem alle Palästinenser, die sich in der Zeit vom 20. November 1947 und dem Erlass des Gesetzes im Ausland, oder nur in einem benachbarten Dorf aufgehalten hatten, als Abwesende klassifiziert und enteignet wurden. Heute leben im Negev wieder 160 000 Palästinenser, sie haben jedoch nur zu 10 Prozent ihres ursprünglichen Landes Zugang. Der israelische Staat versucht sie, in Planstädten wie Rahat anzusiedeln. Doch haben die israelischen Behörden nie daran gedacht, dort auch nur die minimalsten Startvoraussetzungen für eine neue Existenz bereit zu stellen. Alle Planstädte im Negev vegetieren heute am unteren Ende des israelischen sozio-ökonomischen Indexes.

Negev-Palästinenser, die die Umsiedlung verweigern, leben in so genannten „nicht anerkannten Siedlungen“, denen der israelische Staat die allgemein üblichen Dienstleistungen wie Wasser, Elektrizität, Sanitäreinrichtungen, Kliniken oder Schulen verweigert. Die Bewohner in diesen „nicht anerkannten Siedlungen“ haben nie die Chance bekommen, ihre Häuser zu legalisieren. Nach Schätzungen von Human Rights Watch aus dem Jahr 2008 sind 45 000 Häuser von Palästinensern in 39 Dörfern unmittelbar von der Zerstörung durch israelische Behörden bedroht. Seit dem 8. März 2009 untersucht ein internationales Komitee mit Vertretern aus Kanada, Indien, Mexiko, Südafrika, Schottland und Negev-Palästinensern die Situation und die Verletzung der Bürgerrechte im Negev.

Wir fordern den JNF auf, die Angriffe auf Nuri Al Okbi und die Arbeiten auf dem Land seines Dorfes sofort zu unterlassen. Der JNF muss den Boden der Al Okbis seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgeben. Dies gilt genauso für den Boden aller anderen Palästinenser, den sich der JNF und der israelische Staat angeeignet haben. Dazu gehört auch das Gebiet, in dem der Wald Deutscher Länder einschließlich des Baden-Württemberg Waldes sowie der Korntal-Münchingen-Wald gepflanzt wurden. Dieser Bereich gehört der Abu Sukut-Großfamilie vom Stamm der Tiyaha, die im Jahr 1948 vertrieben wurden.

Die JNF-Mitarbeiter, die Körperverletzungen gegen Nur Al Okbi begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags, die Stadt Korntal-Münchingen, die Brüdergemeinde und die Deutsch-Israelische Gesellschaft fordern wir auf, unsere Initiative für die Rechte Nuri Al Okbis und der Palästinenser im Negev zu unterstützen. Sie alle fördern Wald-Projekte des JNF, die auf Boden gepflanzt wurden, der nach internationalem Recht vertriebenen Palästinensern gehört und den sich der israelische Staat und der JNF widerrechtlich angeeignet haben. Stoppen Sie die Unterstützung solcher Projekte und setzen Sie sich für die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser im Negev ein. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einem dauerhaften und gerechten Frieden im so genannten Nahost-Konflikt.

Unterzeichner:

Die Teilnehmer der Nahost-Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 19. bis 21. Juni 2009  
(Institutionen und Personen)